

Ethik für den Aufschwung oder Die Selbstabschaffung der theologischen Ethik

Von Kurt Dockhorn

Ironisch nannte es "Publik Forum" die "ökumenische Taufe der Agenda 2010", als die leitenden Bischöfe Lehmann und Kock den gemeinsamen Kirchentag in Berlin nutzten, um der Schröder-Fischer-Regierung bei ihrer drastischen Politik des Sozialabbaus gesamtchristlich den Rücken zu stärken. Frei von jeder Ironie, stattdessen wie die Bischöfe ohne jede Distanz zur Politik, beklatscht nun auch das Journal aus der Braunschweigischen Landeskirche "Synode direkt" -Motto der jüngsten Ausgabe: "Ethik für den Aufschwung"! - die rot-grüne Kahlschlagspolitik. Und zwar mit der naiven Übernahme des alleinigen offiziellen Arguments der herrschenden Sprachregelung, "Reform" des Arbeitsmarktes und "Umbau" der Sozialsysteme müßten sein zur Schaffung von Arbeitsplätzen, einem zentralen Anliegen der Kirchen. Zwar wird Johannes Röscher, der Arbeitslosenbeauftragter der EKD, mit dem gewichtigen Einwand zitiert: "Bei dem, was auf dem Tisch liegt, ist schwer erkennbar, wie dadurch Arbeitsplätze entstehen". Aber dadurch läßt sich "Synode direkt" den Duktus nicht stören. Denn anstatt nun im Anschluß an Röscher zu fragen, ob es vielleicht gar nicht um eine Politik der Arbeitslosigkeitsbekämpfung, sondern eher um eine Kapitalbesänftigungspolitik ginge, erfolgt nun - auch das gehört zum Ritual des herrschenden Diskurses - der Angriff auf die Gewerkschaften: "Wichtiger als die Rechte der Arbeitenden ist ihnen (den Kirchen) die Lage der Arbeitslosen... Das Gemeinwohl ist längst auch außerhalb der klassischen Tarifautonomie zu suchen".

"Der wirtschaftliche Aufschwung", also Wachstum um jeden Preis, liegt den Kirchen, so erfahren wir, ebenso am Herzen wie "die Förderung der Eigenverantwortung aller Bürgerinnen und Bürger" . Das ist Verbreitung der neoliberalen Ideologie pur.

Das ganze landeskirchenamtliche Geseiere ist eingebettet in ausführliche Präsentationen des CDU-Ministerpräsidenten Wulff, des VW-Chefs Pitschesrieder und des Braunschweiger IHK-Präsidenten Schuberth. Man ist eben als Kirche "Partner einer neuen Wirtschaftsgesellschaft". Und das Ganze wird als Hochglanzbroschüre unters Volk geschmissen. Offenbar wird das Bemühen, sich als "Partner" bei den Regierenden anzudienen, um so heftiger, je größer der gesellschaftliche Bedeutungsverlust der Institution Kirche wird.

Man mag es ärgerlich finden, nun auch noch in einem offiziellen Organ der Landeskirche all das serviert zu bekommen, was das Volk Tag für Tag eingetrichtert kriegt von denen, die allzeit Zugang zu den Mikrofonen und TV-Kameras haben und was ihre Nachhänger von der FAZ über die ZEIT bis zur taz unablässig zu Protokoll geben. Aber richtig beklagenswert ist etwas anderes: Ganz offensichtlich hat Theologie aufgehört, das Immunsystem der Kirche zu stärken gegen die Einflüsterungen der "Welt". Die Art der kirchlichen Beteiligung an der öffentlichen Auseinandersetzung um Einfluß auf die Köpfe und Herzen der Menschen zeigt eine eigentümliche Hilf- und Wehrlosigkeit gegenüber den Sprachmustern von Macht und Medien. Das Unterscheidende aus dem Evangelium wird immer weniger artikuliert, die Kirche hat ihren Schatz vergraben. Schon das Evangelium selber nennt dafür als Motiv die Angst.

Die Selbstentfernung der theologischen Ethik - was bleibt, heißt "Ethik für den Aufschwung" - aus dem Getümmel des öffentlichen Marktes zeigt eine tiefgehende Entpolitisierung der Kirche an. Der "Partner einer neuen Wirtschaftsgesellschaft" leistet noch keinen politischen Beitrag zu gesellschaftlichen Konflikten, dazu bedürfte es des Mutes zum Widerspruch. Sonst erschöpft sich der Beitrag des Partners in dem Bedürfnis, im Trend zu liegen. Und Theologie verengt sich dann notwendig auf die Begleitung individueller Seelsorge. So zentral das ist, es ist zu wenig. Im Rückblick zeigt sich, daß das Nein der Kirche zum Irakkrieg nicht der Beginn einer neuen Politisierung war. Sie war auch in diesem Fall lediglich der "Partner einer neuen deutschen Machtpolitik", so wie sie das schon in zwei vorangegangenen Kriegen (gegen Jugoslawien und gegen Afghanistan), da jeweils mit Kriegsbilligungsgründen, eingeübt hatte.